

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Vorwort zur 1. Auflage</i>		VI
<i>Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur</i>		XXIV
§ 1 Einführung	1	1
I. Rechtsbehelfe als Mittel zur Kontrolle des Verwaltungshandelns.	1	1
1. Formlose Rechtsbehelfe.	2	1
2. Förmliche Rechtsbehelfe	7	2
II. Funktionen und Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	8	2
1. Grundlage, Funktionen und Tendenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit.	8	2
2. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit.	13	7
III. Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens.	18	8
1. Der Dispositionsgrundsatz	19	8
2. Der Untersuchungsgrundsatz und der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	20	9
a) Die Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzes und seine Grenzen.	20	9
b) Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung.	25	10
3. Amtsbetrieb und Konzentrationsgrundsatz	26	11
4. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs.	28	11
5. Die Grundsätze der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens.	30	12
6. Zeitgerechter Rechtsschutz	32a	13
IV. Prozesshandlungen	33	14
1. Parteihandlungen	34	14
2. Prozesshandlungen des Gerichts	43	16
a) Überblick.	43	16
b) Verschiedene Urteilsarten	48	17
aa) Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsurteile .	48	17
bb) Prozess- und Sachurteile	50	17
cc) End- und Zwischenurteile, Voll- und Teilurteile ..	51	18
dd) Andere Urteilsarten	56	18
c) Form, Inhalt und Aufbau eines Urteils	57a	19
V. Der Aufbau eines verwaltungsprozessualen Gutachtens.	58	21
1. Die Bedeutung der Sachentscheidungsvoraussetzungen ..	58	21
2. Prüfungsschema bezüglich der Zulässigkeits- voraussetzungen.	65	23

§ 2 Die ordnungsgemäße Klageerhebung	69	25
I. Form und Inhalt der Klageschrift	71	25
II. Objektive und subjektive Klagehäufung	73	26
III. Die Klageänderung	79	27
§ 3 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs (§ 40 VwGO)	82	29
I. Allgemeines.	85	30
II. Das Vorliegen einer rechtlichen Streitigkeit	89	31
1. Gnadenentscheidungen als justiziable rechtliche Entscheidungen	90	31
2. Die Justiziabilität von Regierungsakten.	92	32
3. Maßnahmen im besonderen Gewaltverhältnis (Sonderstatusverhältnis) keine rechtsfreien Hoheitsakte ..	95	33
III. Das Vorliegen einer öffentlichrechtlichen Streitigkeit	99	34
1. Die Subordinationstheorie	100	35
2. Die Interessentheorie	102	35
3. Die modifizierte Subjektstheorie	104	35
4. Abgrenzungsfragen	112	38
a) Die Rechtsnatur des Subventionsverhältnisses	116	38
b) Die Rechtsnatur eines Hausverbotes.	119	39
c) Die Rechtsnatur von Realakten.	121	40
d) Die Abgrenzung von öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Verträgen	123	42
IV. Das Vorliegen einer nichtverfassungsrechtlichen Streitigkeit	124	42
1. Der Standpunkt der herrschenden Meinung.	127	43
2. Verfassungsrechtliche Streitigkeiten als den Verfassungsgerichten vorbehalten Streitigkeiten	129	44
V. Das Fehlen einer Sonderzuweisung an ein anderes Gericht ..	134	47
1. Zuweisung an die ordentlichen Gerichte	137	48
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei.	140	48
3. Rechtsschutz gegen ablehnende Gnadenentscheidungen .	142	51
4. Zuweisungen an Zweige der besonderen Verwaltungsgerichtsbarkeit	143	51
VI. Die Zuweisungsregelung gem. § 40 Abs. 2.	144	51
1. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs gem. § 40 Abs. 2 S. 1	144	51
a) Der Aufopferungsanspruch	145	51
b) Ansprüche des Bürgers aus öffentlichrechtlicher Verwahrung	146	52
c) Schadensersatzansprüche des Bürgers aus der Verletzung öffentlichrechtlicher Pflichten	147	52
2. Sondervorschriften des Beamtenrechts	149	53

VII. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs (§ 17 Abs. 2 GVG).....	150	54
VIII. Die Verweisung	155	55
IX. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis hinsichtlich rechtswegfremder Vorfragen	161	57
1. Die grundsätzliche Prüfungsbefugnis des Verwaltungsgerichts	161	57
2. Sonderproblem Aufrechnung	165	57
X. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis in Fällen mit Bezug zum Recht der Europäischen Union bzw supranationaler Organisationen.....	166 a	59
§ 4 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten.....	171	61
§ 5 Die Anfechtungsklage	175	62
I. Die Statthaftigkeit der Anfechtungsklage	178	63
II. Der Verwaltungsakt als Gegenstand der Anfechtungsklage ..	182	64
1. Das tatsächliche Vorliegen des Verwaltungsakts	182	64
2. Die Begriffsmerkmale eines Verwaltungsakts	184	65
a) Die einzelnen Merkmale des Verwaltungsaktsbegriffs	187	66
aa) Die hoheitliche Maßnahme	188	66
bb) Die Behörde	189	66
cc) Das Vorliegen einer Regelung	195	67
dd) Die Einzelfallregelung	203	71
ee) Die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtete Tätigkeit	212	73
b) Maßgeblichkeit von Inhalt oder Form des Verwaltungshandelns	231	79
3. Der Gegenstand der Anfechtungsklage bei vorheriger Durchführung eines Widerspruchsverfahrens	234	80
III. Die Nichterledigung des angefochtenen Verwaltungsakts ...	246	83
IV. Die prozessuale Geltendmachung des Vollzugsfolgen- beseitigungsanspruchs sowie sonstiger, die Aufhebung des Verwaltungsakts voraussetzender Leistungsansprüche... ..	248	83
V. Die Prüfung der Zulässigkeit der Anfechtungsklage.....	252	84
§ 6 Die Verpflichtungsklage	256	85
I. Die Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage.....	260	86
II. Die verschiedenen Formen der Verpflichtungsklage.....	263	87
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	269	89
IV. Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	270	89
1. Drittklagen	271	90

a) Nachbarklagen	271	90
b) Konkurrentenklagen	272	90
2. Rechtsschutz nach Ablauf der Anfechtungsfrist und bei späteren Veränderungen der Rechts- oder Sachlage	278	94
3. Die Problematik der sog. „isolierten Anfechtungsklage“	281	95
a) Die prinzipielle Unzulässigkeit der isolierten Anfechtungsklage	281	95
b) Die Ausnahmen	283	96
4. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	287	97
a) Meinungsüberblick	292	98
b) Rechtsschutz grundsätzlich durch eine Anfechtungsklage	295	99
c) Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage in Ausnahmefällen	299	101
d) Rechtsschutz gegen modifizierende Auflagen sowie modifizierende Gewähungen	301	102
§ 7 Die Fortsetzungsfeststellungsklage	306	104
I. Die Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 Abs. 1 S. 4	307	104
1. Die Erledigung des Verwaltungsakts	310	105
2. Die Erledigung nach Klageerhebung	321	108
II. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4	322	108
1. Die Erledigung vor Klageerhebung	323	108
2. Rechtsverletzende Verwaltungsakte, deren Aufhebung ausgeschlossen ist	326	110
3. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4 auf die Verpflichtungsklage	330	112
a) Wegfall des Interesses an der Vornahme des Verwaltungsakts	331	112
b) Veränderung der Sach- oder Rechtslage in Bezug auf den beantragten Verwaltungsakt	335	113
4. Grenzen der Analogie zu § 113 Abs. 1 S. 4	337	113
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Fortsetzungs- feststellungsklage	339	114
§ 8 Die allgemeine Leistungsklage	343	115
I. Die Statthaftigkeit einer allgemeinen Leistungsklage	344	115
II. Die vorbeugende Unterlassungsklage als Unterfall der Leistungsklage	354	118
1. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohendes Verwaltungshandeln ohne Verwaltungsaktsqualität	354	118
2. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte	355	119

a) Die grundsätzliche Unzulässigkeit	355	119
b) Fälle einer zulässigen vorbeugenden Unterlassungs- klage gegen Verwaltungsakte	356	119
aa) Rechtliche oder faktische Unaufhebbarkeit eines später erlassenen rechtswidrigen Verwaltungsakts	357	120
bb) Der mit Strafe oder Geldbuße sowie mit sonstigen Sanktionen bewehrte Verwaltungsakt	361	120
cc) Der verzögerte Verwaltungsakt	362	121
dd) Drohender Erlass einer Vielzahl von Verwaltungsakten	362 a	121
3. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende untergesetzliche Rechtsnormen	362 b	121
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der allgemeinen Leistungsklage	363	121
§ 9 Die Gestaltungsklagen	365	122
I. Die Statthaftigkeit von Gestaltungsklagen	366	122
II. Keine allgemeine verwaltungsgerichtliche Gestaltungsklage	370	124
§ 10 Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	374	125
I. Die Statthaftigkeit einer verwaltungsgerichtlichen allgemeinen Feststellungsklage	377	125
1. Das Rechtsverhältnis als Gegenstand der Feststellungsklage	378	126
a) Der Begriff des Rechtsverhältnisses	378	126
b) Subjektive Rechte des Bürgers und Rechtsverhältnisse	384	128
c) Subjektive Rechte des Staates und Rechtsverhältnisse	387	128
d) Die Begründung von Rechtsverhältnissen	393	130
aa) Die verschiedenen Begründungsmöglichkeiten	393	130
bb) Die Gestaltung von Rechtsverhältnissen durch Normen und ihre Bedeutung für den Rechtsschutz gegen Normen	394	130
cc) Die Stufung von Rechtsverhältnissen	401	131
e) Vergangene und zukünftige Rechtsverhältnisse	405	132
f) Die Beteiligten des Rechtsverhältnisses	409	133
2. Die Nichtigkeit eines Verwaltungsakts als Gegenstand der Feststellungsklage	411	133
II. Die Subsidiarität der Feststellungsklage	416	134
1. Der Anwendungsbereich der Subsidiaritätsklausel	416	134
a) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Fortsetzungs- feststellungsklagen	417	135

b) Subsidiaritätsklausel und allgemeine Leistungsklage . .	420	135
2. Vorbeugende Feststellungsklage und Subsidiaritätsklausel	421	136
3. Ausnahmen von der Subsidiaritätsklausel (§ 43 Abs. 2 S. 2)	422	137
4. Keine Subsidiarität bei einer Klage auf Feststellung des Nichtbestehens eines durch einen Verwaltungsakt begründeten staatlichen Anspruchs	426	138
III. Die Zulässigkeit sonstiger Feststellungsklagen	431	139
IV. Die Prüfung der Zulässigkeit der Feststellungsklage	433	140
§ 11 Die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte	437	142
I. Allgemeines	437	142
II. Die erstinstanzliche sachliche Zuständigkeit	439	142
III. Die örtliche Zuständigkeit	442	143
IV. Verweisung	444	143
§ 12 Die Beteiligungsfähigkeit	446	144
I. Beteiligte und Beteiligungsfähigkeit	448	144
1. Beteiligte	449	145
2. Die Beteiligungsfähigkeit.	455	145
a) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 1	456	145
b) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 2	461	147
c) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 3	463	148
II. Die Beiladung	464	149
1. Funktionen und Anwendungsbereich der Beiladung	464	149
2. Die einfache Beiladung	466	149
3. Die notwendige Beiladung	470	150
4. Die Konsequenzen der Beiladung und ihrer Unterlassung.	473	150
III. Die Streitgenossenschaft	474 a	151
§ 13 Prozessfähigkeit, Prozessvertretung, Postulationsfähigkeit	477	152
I. Die Prozessfähigkeit	477	152
II. Prozessvertretung und Postulationsfähigkeit	483	153
§ 14 Die Klagebefugnis	485	154
I. Allgemeines	489	155
II. Die analoge Anwendung des § 42 Abs. 2 auf die allgemeine Leistungsklage sowie auf Gestaltungs- und Feststellungsklagen	491	156
III. Die Voraussetzungen der Klagebefugnis	493	156
1. Die Geltendmachung der Rechtsverletzung	493	156

2. Die Selbstbetroffenheit des Klägers	495	157
a) Der Begriff des subjektiven Rechts	495	157
b) Die Begründung subjektiver Rechte	498	159
aa) Die Subjektivierung von Rechtsvorschriften	498	159
bb) Gegenwärtiges und unmittelbares Betroffensein als Voraussetzung einer möglichen Rechts- verletzung	502 a	164
cc) Die Präklusion subjektiver Rechte	502 f	165
dd) Die Begründung von Unterlassungsansprüchen	503	168
ee) Die Begründung von Beseitigungsansprüchen	506	169
c) Die sog. Adressatentheorie	510	170
d) Die Klagebefugnis bei Nachbarklagen Privater und bei Gemeindenachbarklagen	513	171
e) Die Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen	521	176
f) Die Problematik der Verbandsklage	525	179
g) Der sog. Insichprozess	528	181
3. Klagebefugnis und das Recht der EU	531 a	182
4. Klagebefugnis trotz fehlender Selbstbetroffenheit.	532	184
§ 15 Die Prozessführungsbefugnis	538	186
I. Allgemeines	539	186
II. Die Regelung des § 78	543	187
1. Passive Prozessführungsbefugnis oder Passiv- legitimation.	543	187
2. Die Regelung des § 78 Abs. 1	547	188
3. Die Regelung der §§ 78 Abs. 2, 79 Abs. 2 S. 3	551	189
III. Die passive Prozessführungsbefugnis bei sonstigen Klagearten	554	189
§ 16 Das Rechtsschutzbedürfnis	557	190
I. Allgemeines	560	191
II. Die Abgrenzung des Rechtsschutzbedürfnisses von anderen prozessrechtlichen Instituten	563	192
1. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 43 Abs. 2 S. 1	565	192
2. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 44a	566	193
3. Die Beschränkung des vorbeugenden Rechtsschutzes gegen Verwaltungsakte	569	194
4. Die isolierte Anfechtungsklage	570	194
III. Das Rechtsschutzbedürfnis in den Fällen der §§ 43 Abs. 1, 113 Abs. 1 S. 4	571	194
1. Das berechtigte Interesse	571	194
2. Das berechtigte Interesse gem. § 43 Abs. 1	572	195
a) Allgemeines	572	195
b) Zweifelsfälle	573	195

aa) Feststellender Verwaltungsakt und Rechtsschutzbedürfnis	573	195
bb) Rechtsschutzbedürfnis wegen präjudizieller Bedeutung der Feststellung für ein zivilge- richtliches Verfahren	578	196
3. Das berechtigte Interesse gem. § 113 Abs. 1 S. 4	579	197
a) Wiederholungsgefahr	580	198
b) Rehabilitationsinteresse bei Diskriminierung	582	198
c) Sich typischerweise kurzfristig erledigende Verwaltungsakte	583	198
d) Vorbereitung eines zivilgerichtlichen Amtshaftungs- oder Entschädigungsprozesses	585	198
e) Grundrechtseingriff	586	199
f) Verfahrensfehlerhafte, aber nicht aufhebbare Verwaltungsakte	586 a	200
IV. Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis bei Gestaltungs- und Leistungsklagen	587	200
1. Grundsätzlich kein Rechtsschutzbedürfnis bei Erledigung des Verwaltungsakts mit Wirkung ex nunc	588	201
2. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Klageverwirkung, Klageverzicht und Rechtsmissbrauch	590	201
3. Sonstige Fälle fehlenden schutzwürdigen Interesses am Rechtsschutzziel	591	202
4. Fehlen eines Rechtsschutzbedürfnisses im Hinblick auf einfachere bzw effektivere Möglichkeiten zur Realisierung des Rechtsschutzes	591 a	202
a) Rechtsschutz in einem anderen Rechtsweg	591 a	202
b) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei Möglichkeit zur außergerichtlichen Durchsetzung eines Rechts	592	203
c) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen Möglichkeit eines Rechtsschutzes im Verwaltungsverfahren	593	203
d) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen anderer effektiverer Klagemöglichkeiten	593 a	204
§ 17 Fehlende Rechtshängigkeit und fehlende Rechtskraft	598	205
I. Der Streitgegenstandsbegriff	601	205
1. Einführung	601	205
2. Der verwaltungsprozessuale Streitgegenstand	603	206
a) Allgemeines	603	206
b) Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage	608	207
c) Der Streitgegenstand anderer Verfahrensarten	611	209
II. Das Fehlen einer anderweitigen Rechtshängigkeit	612	211
1. Die prozessrechtliche und materiellrechtliche Bedeutung der Rechtshängigkeit	612	211
2. Die Begründung und Beendigung der Rechtshängigkeit	614	211

III. Das Fehlen einer rechtskräftigen Entscheidung	615	212
1. Rechtskraft und Bestandskraft	615	212
2. Die formelle Rechtskraft	616	213
3. Die materielle Rechtskraft	617	213
a) Die der materiellen Rechtskraft fähigen Entscheidungen	618	213
b) Die Bedeutung der materiellen Rechtskraft	619	213
c) Materielle Rechtskraft und Entscheidungsgründe	623	214
d) Materielle Rechtskraft und Veränderung der maßgeblichen Sach- und/oder Rechtslage	627	215
e) Personelle Grenzen der materiellen Rechtskraft	631	216
IV. Tatbestands-, Feststellungs- und Präklusionswirkung gerichtlicher Entscheidungen	632	217
§ 18 Die Durchführung des Vorverfahrens	639	218
I. Allgemeines	642	219
1. Der Doppelcharakter des Vorverfahrens	642	219
2. Die Prüfung eines Widerspruchs	648	220
II. Die formgerechte Einlegung des Widerspruchs	652	223
III. Die Statthaftigkeit des Widerspruchsverfahrens	655	224
1. Das grundsätzliche Erfordernis der Durchführung eines Vorverfahrens	655	224
2. Ausnahmen	656	224
3. Sonderfälle des entbehrlichen, aber zulässigen Widerspruchs	661	225
4. Widerspruchsverfahren und Fortsetzungs- feststellungsklage	665	226
IV. Die Einlegung des Widerspruchs bei der zuständigen Behörde und der Abhilfebescheid	667	227
1. Die Einlegung bei der Ausgangsbehörde	667	227
2. Die Einlegung bei der Widerspruchsbehörde	669	228
V. Die Widerspruchsfrist	672	229
1. Das Fristerfordernis der §§ 70, 58	672	229
2. Die Konsequenzen der Versäumung der Widerspruchsfrist	679	233
VI. Das Widerspruchsinteresse	682b	236
VII. Die Begründetheit des Widerspruchs	683	236
1. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts	683	236
2. Die Entscheidung der Widerspruchsbehörde	686	239
VIII. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer reformatio in peius	687	240
1. Keine Regelung der reformatio in peius in der VwGO	691	241

2. Die Zulässigkeit einer reformatio in peius nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen	692	241
a) Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	693	242
b) Die materiellrechtliche Befugnis zur reformatio in peius	694	242
IX. Aufhebungsbefugnis der Widerspruchsbehörde bei unzulässigem oder unbegründetem Drittwiderspruch . . .	696	243
§ 19 Die Klagefrist	700	245
I. Der Anwendungsbereich des § 74	703	245
II. Die zeitliche Begrenzung der Klageerhebung durch § 74 . . .	705	246
III. Die Klagefrist bei der Untätigkeitsklage und bei Unterlassung eines Widerspruchsbescheids (§ 75)	715	249
1. Die Zulassung einer Klage ohne Widerspruchs- bescheid bzw Entscheidung über den beantragten Verwaltungsakt.	715	249
2. Die Konsequenzen einer verfrühten Klageerhebung	717	249
3. Die zeitlichen Begrenzungen der Klage in den Fällen des § 75	720	250
§ 20 Die Entscheidung über die Begründetheit der Anfechtungsklage	725	254
I. Prüfungsschema: Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 1 S. 1	730	254
II. Die gerichtliche Kontrolldichte	734	256
1. Die gerichtliche Überprüfung von Ermessens- entscheidungen	735	257
a) Ermessensüberschreitung	738	257
b) Ermessensnichtgebrauch	742	259
c) Ermessensfehlgebrauch	744	260
2. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungs- spielraum	748	260
a) Die Bedeutung der Problematik	748	260
b) Keine generelle Anerkennung eines Beurteilungs- spielraums	751	261
c) Keine prinzipiellen Bedenken gegen die gesetzliche Begründung von Beurteilungsspielräumen	752	261
d) Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungs- spielraum	755	262
aa) Ausdrückliche gesetzliche Normierung eines Beurteilungsspielraums	756	262
bb) Beurteilungsspielraum wegen der organisations- und/oder verfahrensrechtlichen Stellung einer Verwaltungsbehörde	758	263

cc) Beurteilungsspielraum bei politisch bedeutsamen Verwaltungsentscheidungen	760	263
dd) Beurteilungsspielraum und Technikrecht.	762	264
ee) Beurteilungsspielraum bei Prüfungs- entscheidungen, dienstlichen Beurteilungen und Eignungsurteilen	763	265
ff) Zweifelsfälle	769	266
gg) Die Faktorenlehre	770	266
e) Die gerichtliche Kontrolle bei Beurteilungs- spielräumen	772	267
aa) Beurteilungsausfall	772 a	267
bb) Beurteilungsüberschreitung	773	267
cc) Beurteilungsfehlgebrauch	774	267
3. Planungs- und Regulierungsermessen	777 a	268
4. Die Befugnis zur Beschränkung der gerichtlichen Überprüfung gem. § 113 Abs. 3, 2 S. 2	778	270
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung von Verwaltungsakten	782	271
1. Einführung in die Problematik.	782	271
2. Die prozessrechtliche und die materiellrechtliche Dimension der Problematik	783	271
a) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts des Erlasses des Verwaltungsakts	784	273
b) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht	786	274
3. Der prozessrechtlich maßgebliche Zeitpunkt	789	275
4. Die materiellrechtliche Problematik	795	278
a) Grundsätzliche materiellrechtliche Irrelevanz einer erst nach Abschluss des Verwaltungsverfahrens ein- getretenen Veränderungen der Sach- oder Rechtslage	796	279
b) Nachträgliches Rechtswidrigwerden eines rechtmäßig erlassenen Verwaltungsakts aufgrund einer nach Abschluss des Verwaltungsverfahrens eingetretenen Veränderung der Sach- oder Rechtslage	798	280
c) Nachträgliches Rechtmäßigwerden eines rechts- widrig erlassenen Verwaltungsakts	803	283
IV. Das verwaltungsgerichtliche Urteil in der Hauptsache	805	286
1. Die (vollständige oder teilweise) Aufhebung des Verwaltungsakts	805	286
a) Die Teilaufhebung bei rechtswidrigen Nebenbestimmungen	807	287
b) Ausgangs- und Widerspruchsbescheid	808 a	288
2. Keine Aufhebung des Verwaltungsakts trotz subjektiver Rechtsverletzung	809	289

a) Ausschluss der gerichtlichen Aufhebung bei Fehlen eines Beseitigungsanspruchs	809	289
b) Grundsätzlich keine antragsunabhängige isolierte Feststellung der Rechtswidrigkeit	810	290
3. Die Aufhebung des Verwaltungsakts bei Anfechtungsklagen gem. § 42 Abs. 2 HS 1	810 a	290
V. Das Nachholen einer Begründung und das Nachschieben von Gründen	810 b	290
1. Das Nachholen einer Begründung	810 b	290
2. Das Nachschieben von Gründen	811	291
a) Abgrenzung der Problematik	811	291
b) Kritik an der herrschenden Meinung	813	291
VI. Die Umdeutung von Verwaltungsakten	820	294
VII. Die Regelungen des § 113 Abs. 1 S. 2 u. Abs. 4	825	295
VIII. Nebenentscheidungen des Verwaltungsgerichts	828	296
§ 21 Die Begründetheit der Verpflichtungsklage	834	297
I. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 5	837	298
1. Die Spruchreife	838	298
2. Die Verpflichtung der Behörde zum Erlass eines Verwaltungsakts	841	298
3. Die Verpflichtung zur Bescheidung	842	299
II. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung	845	299
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung der Verpflichtungsklage	849	300
IV. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung in der Hauptsache	851	302
1. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung über den geltend gemachten Anspruch auf Vornahme des Verwaltungsakts	851	302
2. Die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Ablehnung bzw Unterlassung analog § 113 Abs. 1 S. 4	853	303
V. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 2 und des § 113 Abs. 4	855	303
§ 22 Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	860	305
I. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Anfechtungsklage“	862	305
II. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Verpflichtungsklage“	864	306

§ 23 Die Begründetheit anderer verwaltungsgerichtlicher Klagen . .	867	308
I. Die Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage	867	308
II. Die Begründetheit von Gestaltungsklagen	869	309
III. Die Begründetheit der allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage	870	309
§ 24 Die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle gem. § 47	871	310
I. Die Rechtsnatur der Normenkontrolle	873	310
II. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Normenkontrolle	874	311
1. Die Antragstellung	875	311
2. Die Statthaftigkeit der Normenkontrolle	876	311
a) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 1	878	312
b) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 2	879	313
aa) Der Anwendungsbereich des § 47 Abs. 1 Nr 2 . . .	879	313
bb) Verwaltungsvorschriften als Gegenstand einer Normenkontrolle	881	314
c) Ausweitung des Anwendungsbereichs der Normenkontrolle	883	315
d) Beschränkungen der Statthaftigkeit der Normenkontrolle durch die Vorbehaltsklausel des § 47 Abs. 3. .	885	316
3. Beteiligungsfähigkeit und Beiladung	886	316
4. Die Antragsbefugnis	889	317
a) Die Antragsbefugnis natürlicher oder juristischer Personen	890	317
b) Die Antragsbefugnis von Behörden	898	321
5. Der Antragsgegner	899	321
6. Rechtsschutzbedürfnis bzw Normenkontrollinteresse. . . .	900	321
a) Das Rechtsschutzbedürfnis bei einem Normenkontrollantrag natürlicher oder juristischer Personen. .	901	321
b) Das objektive Kontrollinteresse bei einem Normenkontrollantrag einer Behörde	912	323
7. Fehlende Rechtshängigkeit und Rechtskraft	912a	324
8. Antragsfrist	912b	324
III. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags	913	326
1. Allgemeines	913	326
2. Die Überprüfung am Maßstab von Bundesrecht und Unionsrecht	916	327
3. Einschränkungen des Prüfungsmaßstabs	918	328
a) Die Reichweite der Vorbehaltsklausel	918	328
b) Der Inhalt der Vorbehaltsklausel	919	328
4. Die Entscheidung des OVG	922	329
IV. Prüfungsschema bei einem Normenkontrollantrag	924	331

§ 25 Der vorläufige Rechtsschutz	927	333
I. Allgemeines	935	334
II. Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80–80b	936	334
1. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung gem. § 80	938	335
2. Vollziehbarkeits- oder Wirksamkeitshemmung	948	336
3. Suspensiveffekt bei unzulässigen förmlichen Rechtsbehelfen	955	338
4. Die zeitlichen Grenzen des Suspensiveffekts	961	339
5. Das Entfallen der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes	962	340
a) Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten ..	963	340
b) Unaufschiebbar Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten	966	341
c) Andere Fälle	969	341
6. Die behördliche Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts	971	342
a) Rechtsnatur und Bedeutung	971	342
b) Die Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung	974	343
aa) Das Vorliegen eines gem. §§ 40, 42 anfechtbaren Verwaltungsakts	975	343
bb) Die Zuständigkeit für die Anordnung der sofortigen Vollziehung	976	343
cc) Grundsatz des rechtlichen Gehörs	977	343
dd) Die ordnungsmäßige Anordnung der sofortigen Vollziehung	978	344
ee) Das Begründungserfordernis	979	344
ff) Das Fehlen einer der Vollziehungsanordnung entgegenstehenden gerichtlichen Entscheidung gem. § 80 Abs. 5 S. 1	983	345
gg) Öffentliches Interesse und/oder überwiegendes Interesse eines Beteiligten an der sofortigen Vollziehung	984	346
hh) Ermessensausübung bei der Entscheidung über die Vollziehungsanordnung	985	346
7. Die behördliche Aussetzung der Vollziehung	986	346
a) Die formelle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	987	347
b) Die materielle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	988	347
8. Die gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	989	347
a) Die Zulässigkeit des Antrags	990	348
aa) Das Erfordernis der Antragstellung, der deutschen Gerichtsbarkeit und des Verwaltungsrechtswegs ..	990	348

bb) Die Statthaftigkeit des Antrags	991	349
cc) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	994	350
b) Die Begründetheit des Aussetzungsantrags	999	352
aa) Unterschiede zwischen Anordnung und Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	999	352
bb) Die gerichtliche Interessenabwägung	1001	353
cc) Sonderproblem: Verfassungswidrigkeit des zugrunde liegenden formellen nachkonstitutionellen Gesetzes	1004	355
dd) Sonderproblem: Verstoß von sekundärem Unionsrecht gegen primäres Unionsrecht	1004a	355
c) Die gerichtliche Anordnung der Aufhebung der Vollziehung	1005	356
aa) § 80 Abs.5 S.3 als Mittel zur vorläufigen Sicherung eines Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruchs	1005	356
bb) Besonderheiten bei Verwaltungsakten mit Drittwirkung	1012	356
d) Schadensersatzansprüche bei Rechtmäßigkeit des ausgesetzten Verwaltungsakts	1014a	357
9. Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung des Verwaltungsakts	1015	358
10. Der vorläufige gerichtliche Rechtsschutz des Begünstigten eines Verwaltungsakts mit Drittwirkung	1019	359
a) Allgemeines	1019	359
b) Die Zulässigkeit des Antrags	1020	360
c) Die Begründetheit des Antrags	1022	360
11. Der Erlass gerichtlicher Entscheidungen gem. §§ 80, 80a	1024	363
III. Der vorläufige Rechtsschutz durch die einstweilige Anordnung gem. § 123	1025	363
1. Anwendungsbereich und Formen der einstweiligen Anordnung des § 123	1025	363
2. Die Zulässigkeit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	1029	365
3. Die Begründetheit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	1032	366
a) Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	1032	366
b) Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	1034	367
4. Die Entscheidung über den Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung	1040	369
5. Schadensersatzansprüche bei ungerechtfertigtem Erlass einer einstweiligen Anordnung	1041	369
IV. Der vorläufige Rechtsschutz über die einstweilige Anordnung des § 47 Abs. 6	1042	371

1. Allgemeines	1042	371
2. Die Zulässigkeit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1044	371
3. Die Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1045	372
4. Der Inhalt der einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1046	372
5. Der Erlass der einstweiligen Anordnung	1050	373
§ 26 Exkurs: Rechtsschutz bei normativem Unrecht außerhalb des § 47	1059	375
I. Die Grenzen des durch § 47 gewährten Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1062	375
II. Die verfassungsrechtliche Garantie eines Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1063	376
III. Die Verwirklichung des Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1064	377
1. Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugsakten	1065	377
2. Rechtsschutz durch verwaltungsgerichtliche Feststellungsklagen	1073	380
a) Verschiedene Feststellungsklagen	1074	380
b) Die Klage auf Feststellung des (Fort-)Bestehens des Rechts	1078	382
3. Verbleibende Rechtsschutzlücken bei Vollzugsnormen und deren Schließung	1080	384
a) Rechtsschutzlücken bei Vollzugsnormen	1080	384
b) Keine Schließung von Rechtsschutzlücken durch außerhalb des § 43 angesiedelte atypische Feststellungsklagen	1082	385
c) Die Klage auf Feststellung der Nichtberechtigung des Normgebers zum Erlass einer untergesetzlichen Norm	1083	385
d) Rechtsschutz gegen formelle Gesetze durch eine Rechtssatzverfassungsbeschwerde	1085	386
4. Rechtsschutz gegen ein rechtswidriges Unterlassen von Rechtsnormen	1087	388
5. Das Verhältnis zwischen verwaltungsgerichtlichem Rechtsschutz gegen Normen und der Rechtssatzverfassungsbeschwerde	1089	388
a) Prinzipale Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1089	388
b) Inzidente Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1090	389

IV. Vorbeugender Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1092	390
1. Vorbeugender Rechtsschutz gegen untergesetzliche Rechtsnormen	1092	390
2. Vorbeugender Rechtsschutz gegen formelle Gesetze	1093	391
V. Der vorläufige Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1094a	392
§ 27 Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung sowie der Erledigungsrechtsstreit	1098	394
I. Allgemeines	1101	394
II. Der gerichtliche Vergleich	1102	395
III. Die Klagerücknahme gem. § 92	1106	396
IV. Die beiderseitige Erklärung der Erledigung der Hauptsache	1111	397
V. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung bei einseitiger Erledigungserklärung	1115	398
1. Die Problematik einseitiger Erledigungserklärungen	1117	398
2. Die Unbeachtlichkeit des Erfolgs der ursprünglichen Klage	1117	399
3. Der Inhalt der Entscheidung	1118a	400
§ 28 Grundbegriffe des Rechtsmittelrechts	1122	402
I. Der Begriff des Rechtsmittels	1122	402
II. Allgemeine Grundsätze des Rechtsmittelverfahrens	1125	402
1. Die Einlegung des Rechtsmittels	1125	402
2. Die Rechtsmittelberechtigten	1126	403
3. Die Beschwerde	1127	403
4. Das Verbot der reformatio in peius	1130	403
5. Das Anschlussrechtsmittel	1132	404
6. Die formell inkorrekte Entscheidung	1134	404
7. Die Begründetheit des Rechtsmittels	1141	406
8. Schema für die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels	1143	406
III. Die Berufung	1145	407
IV. Die Revision	1147	407
V. Die Beschwerde	1150	408
<i>Sachverzeichnis</i>		409